

# Danziger Zeitung.

Nr. 19219.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Nettetragergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

## Telegramme der Danziger Zeitung

Bern, 19. Nov. (W. L.) Eine Versammlung des bernischen grossen Rethes hat sich einstimmig für den Ankauf der Centralbahn ausgesprochen.

Belgrad, 19. Novbr. (Privatelegramm.) Der Erkönig Milan hat seine sämmtlichen Rechte für 2 Millionen Francs verkauft, die er bereits im Auftrage der russischen Regierung durch die Wolga-Rama-Bank ausgezahlt erhalten hat.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 19. November.  
Abänderung des Artikels 31 der Reichsverfassung.

Zur allgemeinen Überraschung hat der Reichskanzler dem Reichstag, wie schon telegraphisch erwähnt, gestern einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher zu dem Art. 31 der Verfassung — Immunität des Reichstages — folgenden Zusatz in Vorschlag bringt: „Auf die Zeit einer Vertagung des Reichstages, welche die Frist von 30 Tagen übersteigt, findet diese Bestimmung keine Anwendung“ mit anderen Worten: Wird der Reichstag durch kaiserliche Verordnung und demnach mit seiner Zustimmung — nach Art. 26 bedarf einer Vertagung von mehr als 30 Tagen der Zustimmung des Reichstages — auf eine Frist von mehr als 30 Tagen verlängert, so können während dieser Zeit auch ohne Genehmigung des Reichstages Mitglieder derselben wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gejagt oder verhaftet werden.

Das ist die Antwort des Bundesrates auf die seitens des Reichstages vom 6. Februar ange nommene Resolution, durch welche der Reichstag in Erwägung, daß unter Nichtbeachtung der Bestimmungen des Art. 31 der Verfassung Reichstagsabgeordnete wiederholentlich mit Berufung auf eine derzeitige Vertagung des Reichstages Gegenstand strafrechtlicher Maßnahmen geworden sind, beschlossen hat, ausdrücklich zu erklären, daß die den Reichstagsabgeordneten zustehende Immunität während jeder Vertagung fortduere. Gleichzeitig wurde der Reichskanzler ersucht, bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß die zur Durchführung dieser Auffassung geeigneten Anordnungen getroffen würden. Diese Resolution hat der Reichstag, wie der Präsident constatirte, „mit einer einstimmigkeit grenzen den Majorität“ angenommen. Die Erwartung, daß der Bundesrat sich dieser Auffassung anschließen werde, ist bekanntlich nicht erfüllt worden. Allerdings hat der preußische Justizminister die Staatsanwaltschaft angewiesen, von der Einleitung strafrechtlicher Untersuchungen gegen Mitglieder des Reichstags während der vom 9. Mai bis zum 10. November durch kaiserliche Verordnung eingetretenen Vertagung Abstand zu nehmen. In anderen Staaten ist eine solche Anweisung nicht ergangen. In Sachsen hat sogar das Landgericht zu Chemnitz ein Mitglied des Reichstags wegen Beleidigung u. s. w. verurtheilt mit der Motivierung, daß die Genehmigung des Reichstags zu diesem Verfahren während einer Vertagung derselben nicht erforderlich sei. Das Erfreuliche an der jehigen Vorlage ist, daß durch dieselbe die Interpretation des Art. 31 durch das Landgericht in Chemnitz als verfassungswidrig zurückgewiesen und die Auffassung, welche der Reichstag in der Resolution vom 6. Februar Ausdruck gegeben hat, als berechtigt anerkannt wird. Denn was das Chemnitzer Gericht als bestehendes Verfassungsrecht irrthümlich bezeichnet, soll durch eine Abänderung bez. Ergänzung des Art. 31 in die Verfassung eingeführt werden.

Begründet wird dieser Abänderungsantrag durch den Hinweis auf die abweichende Praxis der Gerichte und durch die Missstände, welche in Folge der wiederholten längeren Vertagung durch die Stützung der gegen Mitglieder des Reichstags schwelbenden Alagen herbeigeführt werden. Es wird zutreffend ausgeführt, daß eine Berufung des Reichstags während der Vertagung und lediglich zu dem Zwecke, die Genehmigung derselben zur Einleitung des Strafverfahrens einzunehmen.

## Stadt-Theater.

Die gestrige Benefizvorstellung für Herrn Stein war sehr gut besucht; ein Beweis, wie sehr unser Publikum das Talent und die Dienste des Herrn Benefizianten als Darsteller und Regisseur zu schätzen weiß, was denn auch die zahlreichen Blumen- und Anerkennungen, wie der immer wiederholte Applaus und Vorruß bekräfteten. Das Programm des Abends enthielt zwei Stücke, am Anfang und am Schluss, und zwischen beiden eine Reihe von lebenden Bildern, durch Declamation verbunden und von Orchestermusik und Gesängen begleitet. Wir sahen zunächst ein älteres französisches Lustspiel: „Man sucht einen Erzieher“, das eine vorzügliche Bonvivantpartie, den Herrn v. Marsan, enthält und daher wiederholt bei Gaestspielen, z. B. von Mittell, Haage u. a. hier gegeben ist. Das Stück hat als Hintergrund ein etwas wunderbar gestaltetes Familienleben in dem Hause des Herrn v. Dumenil, aber eine noch wunderbare Doraussetzung für die Handlung. Herr Dumenil ist von seinem Jugendfreunde, Herrn Marsan Vater, brieslich angelebt, seinen „verlorenen Sohn“ Arthur zu retten, der in der Pariser Gesellschaft vollständig zu versumpfen in Gefahr ist. Da ihm der Zufall Arthur v. Marsan in den Weg führt, beschließt er sofort, die Rettung dadurch zu versuchen, daß er den jungen Mann, der ihm offen seine Sünden eingestellt, zum Erzieher seines Sohnes, zum Ver-

holen, unmöglich sei. Thatsächlich werde dadurch bei allen Vergehen, namentlich durch die Presse, welche nach 6 Monaten verjähren, eine Strafverfolgung überhaupt ausgeschlossen. Diese leichtere Frage ist bekanntlich streitig. Strafverjährung erscheint ausgeschlossen, sobald die Einleitung des Straf-Durchgangs nur mit Rücksicht auf die Reichstagsession verzögert wird. Der gegenwärtige Rechtszustand wird weiter in der Begründung ausgeführt, laufe daraus hinaus, den Mitgliedern des Reichstages Immunität während der Dauer der Session zu sichern, während die Verfassung die Immunität des Reichstages sicherstellen sollte. Im Grunde ist das ein Streit um Worte, der aber zu der Hauptfrage hinüberleitet, inwiefern die Außerkräftigung des Art. 31 für die Dauer einer 30 Tage übersteigenden Vertagung der Regierung die Möglichkeit gewähren könnte, durch tendenziöse Verfolgung von Abgeordneten der Unabhängigkeit des Reichstages zu nahe zu treten und damit den Art. 31 der Verfassung thatsächlich illusorisch zu machen. Es wäre ja denkbar, daß in Konfliktzeiten die Regierung die Arbeiten des Reichstages unterbräche, um in der Zwischenzeit durch Einleitung von Strafverfahren den Reichstag zu beeinflussen; aber undenkbar ist, daß die Mehrheit des Reichstages in kritischen Zeitschäften die Zustimmung zu einer solchen längeren Vertagung ethobt.

Verfassungsmäßige Bedenken stehen demnach der Vorlage nicht entgegen. Immerhin würde es vorzusehen sein, den Art. 31 der Verfassung unverändert bestehen zu lassen und für die Zukunft zu der früheren Praxis, die Session im Sommer zu schließen, zurückzukehren. Die jetzige Praxis steht ohnehin nicht ganz im Einklang mit Art. 18 der Verfassung, wonach die Berufung des Bundesrates und des Reichstages alljährlich stattfinden soll. Will man aber einmal zur Abänderung der Verfassung schreiten, so würde es sich ohne Zweifel empfehlen, gleichzeitig mit Art. 31 auch den Art. 32 abzuändern und den Mitgliedern des Reichstages Diäten zu gewähren, selbstverständlich nicht für die Zeit einer mehr als 30 Tage dauernden Vertagung.

## Die Mehreinnahmen im Stat.

Bei der Erörterung des neuen Staatsentwurfes wird vielfach darauf hingewiesen, daß die Steigerung der Ausgaben in den einzelnen Verwaltungszweigen nur deshalb bis auf einen Ausfall von annähernd 5 Mill. Mk. durch die Mehreinnahmen gedeckt werden konnte, weil in diesem Stat ein Überplus von 12 Mill. Mark aus dem vorigen Staatsjahr zur Verfügung gestellt werden konnte. Im nächsten Jahre würde die Bilanz viel ungünstiger liegen, da das laufende Jahr einen solchen Überplus nicht ergeben werde. Zahlenmäßig ist das ja richtig. Sieht man aber genau zu, in welcher Weise die Einnahmen aus den in die Reichskasse fließenden Summen veranschlagt sind, so erkennt man sofort, daß z. B. bei den Verbrauchssteuern von Zucker die Annahme, daß die Mehreinnahmen nur etwa 7.2 Mill. Mk. betrügen werde, für das Jahr 1892/3 vielleicht richtig ist, nicht aber für die späteren Jahre. Im Jahre 1892/3 wird die Mehreinnahme in Folge der Erhöhung der Verbrauchssteuern nur deshalb eine so mäßige sein, weil die von 12 auf 18 Mk. erhöhte Verbrauchssteuer erst vom 1. August 1892 ab zur Hebung kommt und weil ferner die aus dem Jahre 1892/93 in das nächste Jahr übergehenden Credits erheblich höher sein werden. Im Jahre 1893/94 wird das Verhältnis ein ganz anderes und die Einnahme eine entsprechende höhere sein. Freilich wird mit dem 1. August 1892 auch die Erhebung der Rübensteuer ganz in Wegfall kommen und müssen also die für den ausgeführten Zucker zu zahlenden festen Prämien aus dem Ertrage der Verbrauchssteuern gezahlt werden. Gleichwohl ist nach den bei der Beratung des Gesetzes angestellten Berechnungen anzunehmen, daß die Reineinnahmen aus den Verbrauchssteuern im Jahre 1893/94 den für das Jahr 1892/93 eingestellten Betrag erheblich übersteigen werden.

Fürst Bismarck im Ruhestande ist der Titel einer soeben im Verlage von Walter

walter seines Hauses und zum Wahrer seiner Ehre eingesetzt, während er selbst sich für ein paar Monate auf einer Geschäftsreise von Paris entfernt. Er hofft den leichtsinnigen jungen Menschen zur Gewissenhaftigkeit zurückzuführen, indem er ihm schrankenlos vertraut und die ernstesten Pflichten auferlegt. Das ist von Herrn v. Dumenil sehr human gegen den jungen und sehr freundlich gegen den alten Marsan gedacht, aber zugleich sehr gewagt in Bezug auf seine eigene Familie, die er zum Objekt seines Erziehungsversuches an dem leichtsinnigen, ihm bisher völlig unbekannten Arthur v. Marsan macht. Indessen, der Verfasser läßt das Experiment glücken, und so können wir uns denn wohl der Sorge entschlagen, was der Familie Dumenil im Falle des Misglückens hätte passieren können. Das Stück kann wieder einmal als Beweis dafür dienen, daß wenn auch die Stoffe, welche die dramatische Kücke der neueren französischen Literatur ihrem Publikum vorseht, unserem Geschmack selten entsprechen, die Zubereitung meistens eine so vorzügliche ist, daß die Geschmacksnerven über den wenig angenehmen Stoff hinweggetäuscht werden.

Um die Handlung möglich zu machen, muß der Darsteller des Arthur v. Marsan unter dem Bild eines leichtsinnigen Mannes den noch unverdorbenen Kern einer ehrenhaften Natur von vornherein deutlich erkennbar machen. Und das gelang Herrn Stein sehr gut, der einen

Simmermann (Behrsche Buchhandlung) erschien den „Gesamtband von Ausgaben über den Rücktritt des Fürsten, der Berichte über politische Gespräche desselben, sowie der auf seine Eingaben zurückgeföhrt oder in seinem Sinne erfolgten Veröffentlichungen“. Der Herausgeber, Dr. Karl Wippermann, hat das gesamte Material in einem Bande von ungefähr 19 Druckbogen ein sauberlich zusammengestellt und nach Materien geordnet; angeblich „ohne Wissen des Fürsten“ selbst. Aber das ist nur eine Redewendung. Bezuglich der den „Hamb. Nach.“ entnommenen Artikeln sagt er in der Vorrede:

„Die Ueberschriften der Artikel der „Hamburger Nachrichten“ sind überall, wo sie von diesem Blatte herühren, mit Anführungszeichen versehen, in den anderen Fällen nicht!“

Aber woher weiss der Herausgeber, welche Ueberschriften — der Inhalt der Artikel röhrt in allen Fällen von dem Fürsten Bismarck her — geistiges Eigenthum der „Hamb. Nach.“ sind, welche nicht? Von den Artikeln der übrigen „dem Fürsten notorisch nahestehenden Presse“ sagt der Herausgeber, daß sie zum mindesten Aussprüche und Ansichten im Sinne des Fürsten enthalten. Erhältlich ist die Behauptung, diese Zeitungsartikel „begannen durch das Gewicht ihres Inhalts wie vermöge ihres vermuteten Ursprungs in einzelnen Fällen fast (!) an die Stellung eines selbstständigen Factors in der Entwicklung öffentlicher Fragen und Verhältnisse heranzureihen!“ Die Sammlung reicht bis zum 2. Oktober oder, wie es in der Vorrede heißt, „bis nahe an den Zeitpunkt, in welchem sich dem inzwischen zum Abgeordneten in den Reichstag gewählten Fürsten die Gelegenheit darbietet, seine Ansichten bezüglich der politischen Tagesfragen wieder unmittelbar in den Dienst des Vaterlandes (!) zu stellen.“ Ja, aber Fürst Bismarck hat offenbar gar keine Neigung, diese Gelegenheit zu benutzen.

## Mahnungen zur Selbsthilfe.

„Hilf dir selbst, so wird Gott dir helfen“ ist ein altes gutes Sprichwort, welches freilich in weiten Kreisen unseres Volkes ganz vergessen zu sein scheint, nachdem Fürst Bismarck mit der Inaugurierung seiner „nationalen“ Wirtschaftspolitik allen möglichen Sonderinteressen auf Kosten der Gesammitheit Unterschlupf gewährt und dem Glauben Borschus leistete, als ob die Staatshilfe in allem wirtschaftlichen Calamitäten das allein seligmachende Recept sei. Aber jetzt sind die Zeiten auch vorbei, in welchen dieses Evangelium unerschütterliche Autorität besaß, und in den Kreisen der interessirten Klassen selbst bröckelt es immer mehr und immer mehr dämmert bei ihnen die in den liberalen Schichten des Volkes niemals verloste Erkenntnis der Wahrheit, daß Selbsthilfe unter allen Umständen das erste Gebot ist, und daß der auf Sand gebaut hat, der von anderen Factoren als sich selbst und der eigenen Kraft das Heil erwartet.

So gehörte der „Hamburger Correspondent“ bisher zu den eifrigsten Cartellorganen und damit zu den Befürwortern der bisher herrschenden, der Staatshilfe alles onheimstellenden Wirtschaftspolitik aus der Zeit des Bismarckischen Regimes. So standen der bekannte Professor Wagner und Herr Schulz-Lüpitz bisher stets in den ersten Reihen der Vorkämpfer dieser Politik. Und heute haben sich alle drei bekehrt und der „Hamb. Correspondent“ nimmt in einem Leitartikel, der die bezeichnende Ueberschrift „Mahnungen zur Selbsthilfe“ trägt, mit großer Befriedigung — welch ein Wandel — Akt von den — welch ein gleich großer Wandel — in jüngster Zeit gemachten Aeußerungen der genannten Herren Wagner und Schulz, die energische Mahnungen zur Selbsthilfe enthalten.

Adolf Wagner hat, wie wir schon des näheren mitgetheilt haben, neulich seinen Freund Stöcker, als dieser die ganze Schuld an den Berliner Börsenkrazen den Juden in die Schuhe schieben wollte, arg desavouirt und der eigentlich, ja selbstverständlichen Wahrheit die Ehre gegeben: „daß der Weg, im Wege staatlichen Eingriffes den Missbräuchen der Börse zu steuern, ohne doch ihre volkswirtschaftlich nothwendige und nützliche Rolle zu beeinträchtigen, noch nicht gefunden sei, daß

überzeugenden Ton wahrer, ehrlicher Empfindung zur Verfugung hat und seinen Gestalten den Grundzug fester, Vertrauen erweckender Männlichkeit glücklich zu geben weiß. Auch in den Einzelheiten wurde er den Anforderungen seiner Partei vollkommen gerecht; namentlich war die Darstellung der verstellten Trunkenheit gelungen. Die übrigen Figuren des Stükcs treten mit Ausnahme der Valentins und des Wucherers Meier, gegen die Rolle Marsans sehr zurück. Fr. Hagedorn gab die Valentine mit anmutender Natürlichkeit und Herzlichkeit, und Fr. Hößlich charakterisierte den alten Wucherer geschickt und maßvoll, nur vielleicht im 2. Akt mit etwas zuviel selbstgewählten Nuancen. Fr. Bocka (Dumenil), Fr. Werra (Elvire), Fr. Körner (Autreval), Fr. Arndt, der den halbwüchsigen Eduard sehr treffend verkörperte, und Fr. Neuker (Joseph) unterstützten die Vorstellung bestens.

„Der Zigeuner“, von Berla, welcher den Schluss des Abends bildete, ist eigentlich kein Stük, sondern nur eine Rolle, die mit der nothwendigen Staffage umgeben ist. Diese Rolle gab aber Herrn Stein wieder Gelegenheit, sein Talent als Charakterdarsteller auf das wirkungsvollste zu bewähren. Schon die Maske für den armen, gedrückten, bettelhaft verwahrlosten, aber doch seelenvergnügt Petz war vorzüglich gemacht. Haltung, Bewegung, der Ton und namentlich die dialektische Färbung der Rede; das Devote

aber das große Publikum an den lebhaft hervorgebrachten Missständen selbst zu einem großen Theile die Schuld oder doch wenigstens die Mischschuld trage. Die strenge und allgemeine Durchführung des Grundzuges, daß nur das auf redlicher Arbeit beruhende Vermögen Ehre bringt, aller andere, namentlich im Wege des Spiels erworbene Reichtum aber Unehr schafft, erscheint professor Wagner als das wirksamste Gegenmittel gegen die Wiederkehr von Vorfällen, die man jetzt beklagt.“ Der Registrierung dieser Thatsache fügt der „Hamb. Correspondent“ die Mitteilung folgenden Vorganges hinzu:

„Herr Schulz-Lüpitz, bekannt als praktisch sehr erfolgreicher Landwirt und unermüdlicher Apotheker des Kainitz durch die deutschen Landwirthe, hat vor Verwaltungsbeamten und landwirtschaftlichen Capacitaten Sachsen dem Gedanken freien Ausdruck gegeben, daß die deutsche Landwirtschaft noch keineswegs auf derjenigen Höhe der Concurrentfähigkeit mit dem Auslande stehe, wie man dies nach dem Stande unserer wissenschaftlichen Kenntnisse und unserer praktischen Erfahrungen erwarten könnte. Insbesondere sei weder alles zum Betriebe geeignete Land der landwirtschaftlichen Verwertung zugänglich gemacht, noch werde auf einem erheblichen Theil der landwirtschaftlich bebauten Gelände der Betriebsbau so sachverständig und billig betrieben, wie dies zur Zeit möglich sei. Zumal da die Betriebsbau geeignete Land der landwirtschaftlichen Verwertung zugänglich gemacht, noch werde auf einem erheblichen Theil der landwirtschaftlich bebauten Gelände der Betriebsbau so sachverständig und billig betrieben, wie dies zur Zeit möglich sei. Zumal da die Betriebsbau geeignete Land der landwirtschaftlichen Verwertung zugänglich gemacht, noch werde auf einem erheblichen Theil der landwirtschaftlich bebauten Gelände der Betriebsbau so sachverständig und billig betrieben, wie dies zur Zeit möglich sei. Zumal da die Betriebsbau geeignete Land der landwirtschaftlichen Verwertung zugänglich gemacht, noch werde auf einem erheblichen Theil der landwirtschaftlich bebauten Gelände der Betriebsbau so sachverständig und billig betrieben, wie dies zur Zeit möglich sei.“

„Wie daher Professor Wagner“, fährt das Hamburgische Cartellorgan fort, „mit Entschiedenheit Front gegen den in der letzten Zeit in den Vordergrund getretenen, sehr bequemen Gedanken, als trage die Börse allein an allem Schuld, und als sei durch die Machregelung der Börse und des gesamten Geldverkehrs der Wiederkehr von Katastrophen, wie der Zusammenbruch der Bankgeschäfte von Wolff und Sommerfeld mit allem, was sich daran knüpft, vorzubeugen, so tritt Fr. Schulz-Lüpitz der nicht minder bequemen Tendenz weiter agrarischer Kreise, die Abhilfe gegen eine gefährliche ausländische Concurrentie allein von Schuhmärschregeln des Staates ohne eigenes Zuthun zu erwarten, entschieden entgegen.“

In beiden Fällen handelt es sich darum, den bequemen Kreisen unseres Volkes den bequemen Braven, nach wie vor die Hände in den Schoß zu legen und die Dinge gehen zu lassen, wie sie wollen, zu brechen und sie damit zu energetischer Selbsthilfe anzurecken. In dem einen Falle ist es das ganze Privat-Publikum der Groß- und Klein-Kapitalisten, in dem zweiten Falle ist es ein erheblicher Theil der deutschen Landwirthe, der durch den Spiegel zur Einkehr und Umkehr nachdrücklich vorgehalten wird.

Beide Männer haben unfehlbar in der Hauptsehe Recht, allein es sind sehr unbehagliche Wahrheiten, die sie aussprechen. Sache der Presse aber wird es sein, dafür zu sorgen, daß der von beiden Männern ausgestreute, nützliche Same nicht umsonst ausgestreut ist, sondern gute Frucht trägt, damit Kapitalisten und Landwirthe, statt Phantomen nachzusagen, mit sich selbst nach Möglichkeit zu Rathe gehen und so am wirksamsten die Quelle der von ihnen beklagten Missstände selbst verstopfen lernen.“

Nun — wir unsererseits haben dieser Sache stets gedient, unentwegt selbst in der Epoche des größten Drucks unter dem Bismarck'schen Regime. Man wird es uns daher nicht verdenken, wenn wir die größte Genugtuung empfinden über die immer größer werdende Umkehr in Lager unserer bisherigen Gegner. Die Bekehrteten sollen uns als Bundesgenossen in dem Kampfe gegen das noch immer herrschende, wenn auch schon in den Jungen wankende System des Protectionismus und für das so lange in den Hintergrund gedrängte Prinzip der Selbsthilfe willkommen sein.“

## Amerikanische Spionage in der deutschen Zuckerindustrie.

Unter diesem Titel bringt die Fachzeitschrift „Die deutsche Zuckerindustrie“ einen von diesem Missbrauen erfüllten Artikel. Sie meint, die Nordamerikaner, Volk wie Regierung, trachten auf

und das Offene und Ehrliche seines Wesens; die Traurigkeit und kindliche Lustigkeit: alles wurde so natürlich und wahr gegeben, daß ein einheitliches getreues Bild des Zigeuners zu Stande kam. Die anderen Mitwirkenden in dem kleinen Stükthaten ihre Schuldigkeit.

Wischen den beiden Stükken las Fr. Stein mit belebtem, nach Sinn und Empfindung sorgfältig nuancirtem Vortrag eine Dichtung des bekannten Dramatikers G. H. Mosenthal, „Das Volkslied.“ Das Gedicht feiert die Bedeutung der aus dem Volke hervorgegangenen und in dem Volke lebenden Poesie und gibt eine Art von Uebersicht der Volkslieder von den ältesten Zeiten an und bei den verschiedenen Völkern. Die Illustration dazu liefern einzelne lebende Bilder, die wiederum durch Gesänge von Volksweisen stimmungsvoll begleitet werden. Die Verse Mosenthal's sind wohltautend; die Dichtung selbst ist nicht bedeutend, macht aber einen durchaus angenehmen Eindruck. Die Verse zur „Wacht am Rhein“ sind wohl eine spätere Zugabe von anderer Hand. Die Bilder waren hübsch ausgewählt und äußerst geschmackvoll arrangiert, und die schönen Weisen der Volkslieder, getragen von den schönen Stimmen unserer ersten Opernkräfte, harmonierten bestens mit dem, was dem Auge geboten wurde. Das Ganze gestaltete sich sehr wirkungsvoll und fand auch den lebhaftesten Beifall.

alle Weise darnach, für die Erzeugnisse, die sie im Auslande kaufen müssten, sich eigene Industrien zu schaffen. Ihr Zollgesetz, ihre Welt-Ausstellung, ihre Prämien, mit denen sie die einheimische Zuckerindustrie aufmuntern wollen, seien von diesem Gesichtspunkte aus zu betrachten. Vor allem scheine ihnen nötig, einen Einblick in die fremdländischen Gewerbe zu erhalten. Sie wendet sich auch an die amerikanischen Consuln in Deutschland, und diese wieder an die einzelnen Industrien, um diese zu Mitteilungen über ihre Production zu veranlassen; sie scheut sich also nicht, die Beauftragten der Vereinigten Staaten zu Spionen herabzudrücken. Diese gingen vor allem darauf aus, durch briefliche Anfragen bei den einzelnen Fabriken hinter die Gestehungskosten der deutschen Industrie zu kommen. Neuerdings seien solche Versuche auch an die deutsche Zuckerindustrie herangefreten. Vorläufig seien die gestellten Fragen freilich noch harmloser Art und vertieften zum Theil eine geradezu lächerliche Unkenntlichkeit der Fragesteller mit Dingen, über die ihnen jeder halbwegs unterrichtete Zeitungsleser Aufschluß geben könnte; aber es liege die Gefahr nahe, daß künftig gefährlicher vorgegangen werden könnte und es wird darum Vorsicht bei allen Anfragen empfohlen, die von amerikanischen Consuln ausgehen oder von solchen ausgegangen sein können! . . .

Die Furcht der Zuckerindustriellen geht sicher zu weit. Die amerikanischen Consuln gehen wahrscheinlich besonders darauf hinaus, ihrer Regierung einen möglichst vollständigen, sachlichen oder so scheinenden Bericht über die Verhältnisse der Industrie in ihren Consulatsbezirken zu liefern. Die deutschen Consuln im Auslande haben genau dasselbe Bestreben. Aus dem Bericht des Fachblattes geht mit einiger Sicherheit nur so viel hervor, daß die jüngsten amerikanischen Consuln in ihrer Mehrheit ihren Aufgaben nicht gewachsen sind. Die amerikanischen Beamtenstellungen überhaupt und auch die Consulatsstellen werden leider meist nach politischen Gesichtspunkten und nicht nach der berufsmäßigen Befähigung vertheilt. Hoffentlich ist es bei uns anders und besser.

Uebrigens giebt es bei uns auch andere Leute, welche gern über die wirklichen Gestehungskosten der deutschen Zuckerindustrie unterrichtet sein möchten. Und die Reichsregierung wäre vielleicht auch für derartige fidere Mitteilungen dankbar.

Im Heeresausschüsse der ungarischen Delegation hat einer telegraphischen Meldung aus Pest zu folge gestern der Kriegsminister Frhr. v. Bauer die Erklärung abgegeben, daß er unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine weitere Vermehrung der Artillerie in Aussicht nehme, jedoch die Einführung eines Einheitsgeschosses für dieselbe anstrebe. Der Stellvertreter des Kriegsministers, Oberst Beckerhinn, bemerkte, er halte die Einführung des rauchlosen Pulvers bei der Artillerie vorläufig für unthunlich, weil die Preßburger Fabrik, die allein mit der Herstellung desselben betraut werden könne, vollauf mit der Bezeichnung des Pulverbedarfs für die Infanterie beschäftigt sei.

**Die Strihebewegung in Frankreich**  
nimmt an Ausdehnung zu. Das „Journal des Débats“ meldet, die Strikenden im Departement Pas de Calais seien mit Subsistenzmitteln für einen Monat reichlich versorgt. In Dunkirk und Calais hämen zahlreiche englische Aohlen-schiffe an. Aus Belgien werde Kohle auf den Kanälen nach Frankreich gesendet. In Saint Omer zogen 200 mit Kanülen bewaffnete Strikende nach den Gruben von Fléchinelle und erwangen die Einstellung der Arbeit. Auch in den Kohlen-gruben von Dorignies (Departement du Nord) ist gestern Vormittag ein theilweise Strike ausgebrochen. — Nachmittags stand eine Zusammenkunft des Ministers für öffentliche Arbeiten, Vdes Guyot, mit Vertretern der Kohlengruben-Gesellschaften des Departements Pas de Calais statt. Leider das Resultat derselben liegt noch keine Meldung vor und ein Ende des Strikes ist noch nicht absehbar.

Inzwischen ist bereits Blut geslossen, wie aus folgendem Telegramm hervorgeht:

Lens, 15. Nov. (W. L.) In Mericourt kam es zwischen Strikenden und Bergarbeitern, die zur Arbeit gingen, zu einem Handgemenge. Sechs Arbeiter wurden dabei schwer verletzt.

#### Unruhen an der marokkanischen Grenze.

Nach aus Algier eingetroffenen Nachrichten dauern die Unruhen an der marokkanischen Grenze fort. Zwischen den Stämmen der Beni-Hassen und Trissas kam es zu einem mehrfältigen Feuergefecht, bei welchem die letzteren unterlagen.

#### Zur Mani-Politik der Union

hat, wie aus Newyork vom 18. November gemeldet wird, gestern bei dem Jahresbanket der Handelskammer der Secrétaire des Châches, Foster, eine Rede gehalten, in welcher er erklärte, die von der Regierung begolgte Münzpolitik halte an der Parität zwischen Gold und Silber fest, aber es existiere eine ernste Meinungsverschiedenheit über die Frage, welches die beste Politik in dieser Angelegenheit sei. Foster fügte hinzu, er habe aufgehört, die Prägung von monatlich  $\frac{1}{2}$  Millionen Dollars Silber zu begünstigen. Es sei unmöglich, die Parität der beiden Metalle bei freier Silberprägung zu erhalten. Diese Aufgabe würde sich indessen erfüllen lassen, wenn der monatliche Ankauf von  $\frac{1}{2}$  Millionen Dollars Silber zu dessen Goldwerte erfolgen würde.

#### Die Wirren in Brasilien.

Aus Santiago wird der „Times“ telegraphiert, daß dort aus Rio Grande do Sul fortwährend einander widersprechende Telegramme anlangen, von denen einige berichten, daß die Flotte zu den Injurienten übergegangen ist, während andere wieder melden, daß die Flotte das von der Opposition bedrohte Itaqui vertheidigt. Ein Blick auf die Karte dürfte den scheinbaren Widerspruch der Telegramme lösen. Es handelt sich wahrscheinlich um zwei Geschwader, von denen das bei Porto Alegre befindliche gemeinschaftliche Gacht mit den Rebellen gemacht hat, dagegen das andere im Uruguay-Fluß dem Dictator treu geblieben ist. An der Grenze von Uruguay sind Rebellentruppen unter dem Commando von General Osorio eingetroffen. Die Oppositionsjunta ist unter sich uneins und es scheint, als ob Monarchisten und Republikaner, welche der Widerstand gegen den Staatsstreich Fonsecas vereinigte, sich, was die endgültige Lösung der Wirren an-

betrifft, mit gleichem Argwohn gegenüberstehen. Eine Meldung des Reuterschen Bureaus aus Rio de Janeiro von gestern folge, daß der Präsident Fonsec ein Decret erlassen, welches einen Nachtragscredit von 13 Millionen Milreis für Anschaffung von Ausrüstungen und Munition eröffnet. Ein weiteres Telegramm meldet aus Buenos-Aires, der Präsident Fonsec hätte drei Generäle nach Rio Grande do Sul gesandt, um mit den Aufständischen zu verhandeln.

Heute ging uns folgendes, das immer weitere Wachsthum des Aufstandes constatirende Telegramm zu:

London, 19. Novbr. (W. L.) Reuters Bureau meldet aus Rio de Janeiro: Auch im Staate São Paulo nehmen die Dinge eine drohende Wendung an.

#### Deutschland.

■ Berlin, 17. Nov. (Verspätet eingetroffen.) Zu der heutigen Wiedereröffnung des Reichstages hatten sich nur etwa 140—150 Mitglieder eingefunden. Ihre beiden neuen westpreußischen Landboten waren mit unter den Ersten auf der Stelle, der freisinnige Majoratsbörger und „Junker“ Hans v. Reibnitz und der freisinnige „Bauer“ Dau. Sie schauten beide ganz vergnügt drein und bei Hen. Dau habe ich von Krankheit — die Gegner in seinem Wahlkreis sollen um Hrn. Daus Gesundheit jährlich besorgt sein — nichts gemerkt; er machte den Eindruck eines recht gesunden Mannes. Ich sah, wie der Abgeordnete für Danzig seine beiden neuen „agrarischen“ Collegen aus Westpreußen dem Präsidenten v. Lewenhoff vorstellte, der ihnen herzlich die Hand schüttelte. — Über die heutigen Verhandlungen haben Sie andere Berichte; nur eine Bemerkung gestatten Sie mir. Herr Böckel sprach beinahe eine Stunde, ich warnte immer in Spannung, ob denn nicht die bei ihm übliche Attacke auf die Juden kommen würde. Aber nein, sie kam nicht, das Unglaubliche ereignete sich, daß Herr Böckel eine lange Rede hielt und nicht ein einziges Mal das Wort „Jude“ gebrauchte. „Der Abgeordnete Böckel muß nicht ganz wohl sein“, meinte einer meiner Nachbarn auf der Journalistentribüne; und das mochte wohl sein; jedenfalls habe ich den Mann noch nie so sprechen hören. Ihm hat beim Nachausegehen wahrscheinlich auch etwas geschehlt.

\* [Generalleutnant v. Boguslavski für die zweijährige Dienstzeit.] Die Forderung der zweijährigen Dienstzeit verhindert Generalleutnant d. v. Boguslavski in einem Artikel der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ gegen Angriffe in diesem Blatt. Bekanntlich hat man die dreijährige Dienstzeit bisher hauptsächlich damit verhindert, daß durch den dritten Jahrgang der militärische Geist anerzogen werden müsse. — Darauf erwidert General v. Boguslavski: „Es würde schlimm um diesen Geist bestellt sein, wenn die Erziehung in den Händen des etwa mit 15 Mann (per Compagnie) im praktischen Dienst verbleibenden Restes des 3. Jahrganges läge.“ Der General spricht sich auch in diesem Artikel unbedingt für Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Feldartillerie aus. Bei der reitenden und Fußartillerie halte er die zweijährige Dienstzeit für möglich, stelle die Sache aber zur Erörterung. Bekanntlich hatte namentlich Ministerialdirektor Generaldirektor Vogel v. Falckenstein im Reichstage 1890 darauf hingewiesen, daß die zweijährige Dienstzeit der Infanterie als ein Unrecht von den dreijährigen Specialwaffen empfunden werden würde. In dieser Beziehung bemerkte jetzt General v. Boguslavski: „In der preußischen Armee hat von 1833—1852 die zweijährige Dienstzeit bei Infanterie und Fußartillerie (damaliger Feldartillerie) bestanden, man hat aber von einer Verdrossenheit in der Cavallerie und reitenden Artillerie weder im Frieden noch 1848 und 1849 etwas wahrgenommen. Dies würde sich auch heute so gestalten, denn wenn das Gesetz die Notwendigkeit einer längeren Dienstzeit in jenen Waffen auspricht, wird sich jeder beugen. Solches Verhältnis kann nicht in Parallelen gestellt werden mit einem System, in welchem die Enlistung nach vier verschiedenen Gesichtspunkten stattfindet. Das Institut der Erfahrenen, die halbjährige Dienstzeit eines Theiles des Trains könnte viel größeren Anlaß zur Missstimmung geben. Beides würde bei zweijähriger Dienstzeit fortfallen.“

\* [Zum Concurrenz Emil S. Mener in Hildesheim] wird der „Volksitz.“ noch berichten: „Der Inhaber der Firma genoß das größte Vertrauen. Er gehörte zu den Führern der conservativen Partei. Sein Freund Liebermann v. Sonnenberg pflegte bei ihm zu wohnen, so oft er nach Hildesheim kam. So sollte es auch am vorigen Sonntag der Fall sein. Nachdem sich aber Herr Mener, wie behauptet wird, erschossen hatte, wurde Herr v. Liebermann durch ein Telegramm von der Reise zurückgehalten.“ Und gestern im Reichstage wußte Herr v. Liebermann nur von den jüdischen Bankiers zu reden, welche ihre Mitbürger ausgebündert hätten. Hat der Mann ein schlechtes Gedächtnis!

\* [Über eine andererweise gesetzliche Regelung der Abzahlungsgeschäfte] beginnen in den nächsten Tagen commissarische Berathungen zwischen den befreigten Ressorten auf Grund einer im Reichsjustizamt ausgearbeiteten Vorlage. Ähnliche Berathungen werden in Kürze über eine im Handelsministerium vorbereitete Novelle zur Gewerbeordnung — Einschränkung des Haushandel — stattfinden.

\* [Suprema lex regis voluntas.] Es wird bekannt, daß Kaiser Wilhelm diesen Spruch schon bei Gelegenheit des Kaiserdinners in Merleburg dem Abg. v. Rauchhaupt gegenüber gethan hat.

\* [Übersicht über die Geschäftshäufigkeit des Abgeordnetenhauses.] Vom Bureauadirector des Hauses der Abgeordneten, Geh. Regierungsrath Kleinschmidt, sind die Übersichten über die Geschäftshäufigkeit des Hauses der Abgeordneten während der letzten Session in der bekannten gewissenhaften und vorzüglichen Ausführung erschienen. Dieselben zerfallen in die Rednerliste, die Übersicht über den Staatshaushalt und die Hauptübersicht. Was die letztere diesmal besonders merthvoll macht, ist eine Zusammenstellung der in erster Lesung von der Abgeordnetenhaus-Commission zu dem Volksschulgesetzentwurf gesetzten Beschlüsse.

\* [Unfallverhütung.] Dass der Unfallverhütung in den gewerblichen Betrieben immer größere Aufmerksamkeit geschenkt wird, zeigt der Umstand, daß die Zahl der bei den Berufsgenossenschaften angestellten Beauftragten, deren Hauptaufgabe in der Überwachung der Betriebe besteht, sich von 148 am 1. Oktober 1890 nach dem neuesten amtlichen Ausweise auf 165 am 1. Oktober 1891 vermehrt hat. Die Zunahme entfällt aller-

dings lediglich auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften, von den landwirtschaftlichen haben nach wie vor nur zwei und zwar die schlesische und anhaltinische Beauftragte angestellt. Im übrigen hat das Reichs-Versicherungsamt neuerdings wiederum für eine gewerbliche, für die Glas-Berufsgenossenschaft, Unfallverhütungsvorschriften genehmigt.

König, 18. Nov. Bei der Stadtverordnetenwahl der zweiten Abtheilung wurden fünf Liberale und ein Centrumscandidat gewählt, außerdem ist eine Stichwahl zwischen einem Liberalen und einem Kandidaten der Centrumspartei erforderlich.

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Novbr. Das von der Börseakammer zur Untersuchung der Vorgänge vom 14. d. Mts. eingesezte Comité nahm heute zahlreiche Vernehmungen vor.

(W. L.) Prag, 18. Nov. Heute Vormittag fand unter dem Vorsitz des Präsidenten Fürsten Lobkowitz die constituirende Sitzung der tschechischen Section des Landeskulturraths bei Anwesenheit fast sämmtlicher Delegirten statt. Die jüngsttschechischen Delegirten brachten eine Erklärung ein, daß sie im Interesse ihrer Mandatare an den volkswirtschaftlichen Berathungen mitwirken wollten. Bei den Wahlen des Obmanns, des Obmann-Stellvertreters und der übrigen Functionäre des tschechischen Landeskulturraths siegten die Jungtschechen. (W. L.)

#### Frankreich.

Paris, 18. Novbr. Die Minister Frencinet, Ribot, Roche und Deville empfingen heute eine Abordnung von Importeuren, Exporteuren, Händlern, Delihändlern und Seifenfabrikanten der Städte Paris, Lyon, Bordeaux, Nantes und Marseille in Begleitung zahlreicher Senatoren und Deputirten. Frencinet und die anderen Minister gaben die Versicherung, die Regierung werde die Zollfreiheit ölhaltiger Samen und fremder Colonial-Zucker vor dem Senat energisch aufrecht erhalten.

#### Italien.

Rom, 18. Novbr. Am 19. Dezember wird ein geheimes, am 17. Dezember ein öffentliches Consistorium stattfinden. In dem ersten wird der Papst eine Anrede halten und die Ernennung seines Oberhofmeisters und Präfekten der apostolischen Paläste, Russo Scilla, sowie des Secretärs der Congregation der Bischöfe und geistlichen Orden, Sepiacci, zu Erzbischöfen ankündigen. In dem öffentlichen Consistorium wird der Papst zwei neuen Cardinälen den Cardinalshut überreichen. In beiden Consistoriorum wird die Präconisirung zahlreicher Bischöfe erfolgen. (W. L.)

#### Dänemark.

Copenhagen, 18. Novbr. Prinz Jean von Orleans, Sohn des Herzogs von Chartres, soll demnächst in das dänische Heer eintreten, um die Offiziersschule durchzumachen. (W. L.)

#### Rumänien.

Bukarest, 18. November. Auf Grund eines Votums der Commission für die Heeresbewaffnung, welche die Einführung des Manlicher oder Mauser-Gewehres empfohlen hatte, war vom Kriegsministerium die Lieferung von 100 000 Gewehren ausgeschrieben worden; die Manlicher Gewehrfabrik hat jetzt hierauf das vortheilhafteste Angebot gemacht. (W. L.)

#### Aufland.

Petersburg, 18. Novbr. Die Prinzessin von Wales hat mit ihren Töchtern Livadia verlassen. Prinz Yamrong von Siam ist gleichfalls von hier wieder abgereist. (W. L.)

#### Coloniales.

\* [Ein Privatbrief des Dr. Peters] an seinen Reisebegleiter Adolf v. Tiedemann der, wie das „D. Wochenblatt“ meint, „jeden Zweifel darüber ausschließt, daß die von dem „D. W.“ gemeldeten Thatsachen, so unglaublich sie auch erscheinen, doch unumstößlich feststehen“, wird jetzt im „D. W.“ veröffentlicht. Der Brief des Dr. Peters lautet:

Hilma-Nbscharo-Station, den 17. September 1891. Sehr geehrter Herr v. Tiedemann! Ich kann Ihnen eine für Sie interessante Mitteilung machen, nämlich, daß unser Freund Jackson aus dem United Service Club London geblackballed ist, weil er Ihre Forderung von Bußfa aus nicht angenommen hat. Er erzählte mir Captain Bateman, jetzt britischer Commandant von Taveta. Dieser Bateman war der Weise, der uns damals in den Munsonbergen gemeldet wurde, er kam mit mehreren Gefährten und 150 Sudanen, um uns zu fangen, über Kiloma. Er schlug die Wadsaga und hat hernach 50—60 Granaten in unserem Lagerplatz zwischen Djagga und Munoni geworfen. — Sie wissen, in die Bananen am Tana, weil er glaubte, wir wären noch dort. Jackson ist aus der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft entlassen. Ich wäre vor 14 Tagen um ein Haar in Rombo erstickt. Ich schlug die Angreifer, aber es war ein Gesicht à la Mangat, ich verlor einen Weisen (Sergeant Schubert) und 4 Mann. Mit den verbindlichsten Grüßen von Johannes und mir Ihr hochachtungsvoll ergebener

A. Peters.

In dem Peters'schen Brief ist, bemerkt dazu die „Germ.“, von den englischen Anschuldigungen gegen den Grafen Herbert Bismarck nicht die Rede. Das „D. W.“ erklärt aber, die Rolle Gevähr dafür übernehmen zu können, daß die Anschuldigungen gegen den Grafen Herbert Bismarck auf directen Aussagen des Capitán Bateman beruhen. Da aber der Brief selbst davon schweigt, ist doch die Behauptung, er enthalte eine Bestätigung der Nachricht, unrichtig.

In dem Peters'schen Brief ist, bemerkt dazu die „Germ.“, von den englischen Anschuldigungen gegen den Grafen Herbert Bismarck nicht die Rede. Das „D. W.“ erklärt aber, die Rolle Gevähr dafür übernehmen zu können, daß die Anschuldigungen gegen den Grafen Herbert Bismarck auf directen Aussagen des Capitán Bateman beruhen. Da aber der Brief selbst davon schweigt, ist doch die Behauptung, er enthalte eine Bestätigung der Nachricht, unrichtig.

Am 20. November: **Danzig, 19. Nov. M.-A.7.37, G.-A.7.38, G.U.3.53.** Wetteraussichten für Freitag, 20. November, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Abwechselnd, vielfach Nebel, Niederschläge; Temperatur wenig verändert. Nachtfrost.

Für Sonnabend, 21. November:

Veränderlich; Temperatur kaum verändert. Nachtfrost.

Für Sonntag, 22. November:

Nebel, vielfach trübe, Niederschläge; gelinde. Heftiger Wind an der Nordsee.

Für Montag, 23. November:

Nebel, bedeckt, feucht; gelinde.

Für Dienstag, 24. November:

Bedeckt, neblig, feucht, Niederschläge; windig. Sturmwarnung für die Küsten.

\* [Duelle verabschiedeter Offiziere.] Wir haben kürzlich eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 5. Juni d. J. mitgetheilt, nach welcher verabschiedete Offiziere ihren Gerichtsstand nicht vor dem Militärgericht, sondern ausschließlich vor dem Civilgericht haben. Wie das jetzt vorliegende Erkenntniß ergiebt, wurde diese Entscheidung in Bezug auf ein Duell gefällt, an dem ein verabschiedeter Offizier Theil genommen,

der sich deshalb vor dem ordentlichen Gericht zu verantworten haben wird. Das Reichsgericht erklärte es hierbei für ganz gleichgültig, ob der Offizier mit oder ohne Uniform verabschiedet sei. Sein Gerichtsstand sei in beiden Fällen das bürgerliche Gericht.

\* [Trainkaserne.] Für den Bau der hiesigen Trainkaserne zu drei Compagnien sind in den außerordentlichen Etat der Militärverwaltung pro 1892/93 noch angelegt als dritte Rote 200 000 Mark. Der ganze Bau ist auf 948 400 Mk. veranschlagt, davon sind durch die Etats der beiden Vorjahre bereits bewilligt 658 000 Mk. und es bleibt die Restrate mit 90 400 Mk. noch pro 1892/93 reservirt.

\* Bericht über die Lage des Getreidemarktes zu Danzig nach dem Stande am 17. Novbr. 1891:

I. Auf den Lägern befindliche Mengen: circa 12560 Tonnen Weizen und 12170 Tonnen Roggen, gegen ca. 11500 Tonnen Weizen und 13200 Tonnen Roggen am 10. November 1891.

II. Die auf Grund erfolgter Abschlüsse hierher zu liefernden Mengen:

von 400 000 Mk. Abstand genommen, welche dem Deichverbande zum Zinsfuß von 2 Proc. als ein mit 2 Proc. zu tilgenden Vorlehn belassen werden soll. Das Deichamt beschloß, nochmals bei den Ministern wegen Erlaßes der ganzen Schuld vorstellig zu werden. — Auch gegen eine Anordnung der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sowie der Finanzen, nach welcher in Ausführung des § 5 des Deichstatuts die Sonderverbände des Weichsel - Pogat - Deichverbandes schon jetzt von dem Beitrag der 7 230 000 Mk. eine den bisher aufgewendeten Kosten für die Regulierung der Weißelmündungen entsprechende Quote verjünen und amortisieren sollen, beschloß das Deichamt, mit dem Antrage vorstellig zu werden, eine Verzinsung und Tilgung des Beitrages von 7 230 000 Mk. erst nach Fertigstellung des Projects von den Sonderverbänden zu fordern.

w. Elbing. 18. Nov. Die Schiffahrt auf dem oberländischen Kanal ist nunmehr geschlossen. Der Bau der Schleuse bei Liebmühl soll möglichst so beschleunigt werden, daß im nächsten Jahre die Eröffnung der Schiffahrt auf dem Kanal keine Verzögerungen erleiden darf.

**Z. Von der Thiene.** 19. November. Die Höhelsche Thiene konnte im Frühling bei plötzlich eintretendem Thauwetter alles ihr zugesetzte Wasser nicht aufnehmen, weshalb dann häufig Durchbrüche der Dämme stattfanden und die Wiesen und Felder der Ortschaften Reichselbe, Poslige, Kommerau, Thörlichof und Stalle in einem großen See verwandelt wurden. Um dies nun für die Zukunft zu verhindern, wird augenblicklich in der Nähe der Besitzung des Herrn Korun-Thörlichof eine Schleuse gebaut, welche die Aufgabe haben soll, das überflüssige Wasser aus der höhlichen Thiene in die Werderfläche zu leiten.

K. Schwk. 18. Novbr. Gestern fand unter dem Vorsitz des Herrn Regierungsrathes Bode aus Marienwerder und des Vorsitzenden der Einkommensteuer-Einführungskommissionen der Kreise Ruhm und Schwk. Herrn Thörlich eine Versammlung der Vorsitzenden der Kommissionen der ländlichen Boreinführungskreise im kleinen Sitzungssaale des hiesigen Kreishaus statt. Errichteten waren 25 Herren. — Bei Gelegenheit der Mänder in hiesigen Kreise ist es zu Meinungsunterschieden wegen der Einquartierungslast zwischen Beamten und der Servis-Deputation gekommen. Der hiesige Magistrat hat sich deshalb veranlaßt gesehen, ein die Quartierleistung regelndes Ortsstatut zu entwerfen und zu publiciren. Nach diesem wird die Last der Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes gegen die von dem Reiche zu gewährende Servis-Einführungskommissionen aller dazu nutzbaren Baulichkeiten und denjenigen Mietshäusern derselben getragen, welche zu der Communal-Einkommensteuer mit einem jährlichen Einkommen von 420 Mk. und darüber veranlagt, oder, wenn sie königl. oder Communalbeamte sind, für ihre Wohnung mehr als 120 Mk. Miete bezahlen. — In der Schwurgerichtsstellung am 16. und 17. d. Ms. zu Grauden wurde gegen den Steinseher Julius Franz Schmidt aus Schwk. wegen vorsätzlicher Brandstiftung in drei Fällen verhandelt. Der Angeklagte hat bereits 74. Vorstrafen aufzuweisen. Die Stadt Schwk. wurde innerhalb 1½ Jahren nicht weniger als 24 Mal von größeren Bränden heimgesucht und fielen 10 Scheunen den Flammen zum Opfer. Dem Angeklagten konnte aber nur einem Fall die Schuld nachgewiesen werden, und er wurde zu 5 Jahren Juchthaus verurtheilt. In zwei serneren Fällen erfolgte Freisprechung.

K. Thorn. 18. Novbr. Ueber die Lage des hiesigen Getreidemarktes wird unter dem 17. d. Ms. berichtet: Auf Lager befanden sich 308 Tonnen Weizen, 746 Tonnen Roggen. Auf Grund erfolgter Abschlüsse sind hierher zu liefern: 223 Tonnen Weizen aus Russland per sofort zum Preise von 220—240 Mk. (verzollt), 80 Tonnen Weizen aus dem Inland per sofort zum Preise von 230 Mk., 80 Tonnen Roggen (hier lagernd) aus Russland per sofort zum Preise von 230 bis 235 Mk. (verzollt). In Weizen war für Transitaare das Angebot lebhafter, in inländischer Waare fehlte jede Offerte. Die Angebote aus dem Auslande sind unverhältnißig, die Gerüchte über neue russische Ausfuhrverbote lassen diesen Angeboten kaum Berücksichtigung schenken. In Roggen liegen nur wenige Angebote vor und diese nur bei sehr hohen Preisen. — Heute sind hier thalwärts 12 Schüne eingetroffen, die sämmtlich polnischen Weizen geladen hatten. Die gesammte Waare war „Dubre Thorn“ gestellt, wird aber, wie wir vernehmen, nach Danzig weitergehen. — Die Zufuhren von Weizen und Hülsenfrüchten auf dem Landwege über Gollub und Leibisch sind sehr bedeutend. Die polnischen Besitzer schaffen über die Grenze, was möglich ist, weil sie ein Ausfuhrverbot auch für diese Cerealiens befürchten. — Es bauen hier bereits mehrere Bäcker Maisbrot, und ihre Erzeugnisse finden regen Absatz.

Wie die „Th. 3.“ meldet, ist hier ein Consortium in der Bildung begriffen, welches die Stadt Thorn und deren Vorstädte elektrisch beleuchten will. Die erforderliche Kraft zur Erzeugung des elektrischen Lichtes sollen die Leibischer Mühlen liefern, welche ca. 400 Pferdekräfte haben.

**Z. Thorn.** 18. Novbr. Es ist jetzt sicher, daß die linksseitige Nassauer Niederung eingedeicht werden wird. Gegenwärtig läßt die königliche Regierung durch einen Landmeister Vermessungen vornehmen. Leider werden die Arbeiten zur Herstellung des neuen Deiches erst im nächsten Frühjahr beginnen, so daß die Landwirthe noch einen Weichsel-Eisgang ohne gehörigen Schutz zu bestehen haben. Welche Richtung der neue Deich erhalten wird, darüber sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Jedenfalls wird der Damm an der Ansatzstrecke des Brückenkopfes beginnen und die oberschlesische Eisenbahn, einen großen Theil der Podgorzer Wiesen und des Exercierplatzes, sowie den Infanterie-Untertritt bei Schlüsselmühle und die Grünthal-Batterie einschließen. Die Bodenverhältnisse für Anlegung des neuen Deiches sind recht günstig, da das Terrain dort, wo derselbe geschüttet werden soll, meist 15 bis 18 Fuß hoch gelegen ist. Es ist also nur eine Auffüllung von 12 bis 15 Fuß erforderlich.

Königsberg, 19. November. (Telegr.) Ueber die gefürzte Reichstagssatzwahl in Rastenburg-Gerdauen-Friedland ist bis jetzt bekannt, daß Graf Stolberg (cons.) 5242, Papendiek (freis.) 4767, Lohrenz (soc.) 389 Stimmen erhielt. Es fehlen jedoch noch viele Bezirke.

Königsberg, 18. November. Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung hat gestern in Betreff der Kanalisierung der Stadt Königsberg folgende Beschlüsse gefaßt: I. Die Entwässerung der Stadt wird mit Einfluß der Ablösung der menschlichen Auswurfstoffe nach dem vorgelegten Entwurf und den mit denselben überreichten Zeichnungen und Kostenüberschlägen ausgeführt. II. Die Kosten: 1. für das städtische Kanalnetz unter Errichtung noch einer zweiten Pumpstation und mit unterirdischer Ablösung des Regenwassers der ganzen Stadt einschließlich des Hafenerbergs Absangenkanales mit 4 360 000 Mk., 2. für den Vorfluth-Kanal auf der Haßlinie Naumburg mit 2 200 000 Mk., zusammen 6 560 000 Mk., werden bewilligt. III. Die Summe von 7 115 000 Mk. wird durch

Aufnahme einer Anleihe im Betrage von rund 7 100 000 Mk. gedeckt.

Flensburg, 18. Novbr. Schon wieder ist hier ein Selbstmord vorgekommen. Heute früh durchschoss sich der Infanterist Alko vom Infanterie-Regiment Nr. 41 die Pulsadern des Halses und verblutete, ehe seine Kameraden etwas merkten. Der Verstorbene stammt aus der Mark Brandenburg her; sein Vater ist ein wohlhabender Besitzer.

### Berlische Nachrichten.

Berlin, 18. Nov. Der mehr als fürstliche Haushalt, welchen der verhaftete Commerzienrat Wolff führte, wird recht hübsch durch die Auctionsanzeigen illustriert, welche im Auftrage des Concoursverwalters Fischer veröffentlicht werden. So soll am Freitag Vormittag 10 Uhr durch den Gerichtsvollzieher Theinert in der Roonstraße 3 der gesammte reich ausgestattete Wagenpark des Herrn Commerzienrats öffentlich meistbietend versteigert werden. Darunter befinden sich: 4 hochstående Wagenpferde (2 Schimmel, 2 Rappen), 1 hochstående Doppelkutsche auf Gummi, Neuh'sches Patent, 1 Selt-stuhsführ-Wagen, ein Phaeton, 1 Neuh'scher Schlitten complet mit Geläute, 1 Paar gold- und 1 Paar silberplattierte Kummetschirme, 1 Sielengeschirr, 1 weiße Vorlegedecke, 3 hochstående Wagendecken und Stallutensilien in großer Zahl. — Mit der Tazierung des gesammten Wagens an Gold- und Silbersachen ist jetzt der gerichtliche Sachverständige beschäftigt. Die Aussage desselben ist keine geringe, denn es handelt sich um kostbare Stücke der Goldschmiedekunst und um so viele Geschmeide, Gold- und Silbersachen, daß man einen ganzen Juwelierladen damit ausrusten könnte.

Wegen unterschiedlicher Schwundteile ist der Schriftsteller Dr. phil. B. verhaftet worden. Von Geldmitteln gänzlich entblößt, hat B. in einem hiesigen Hotel Wohnung genommen und auf die Versicherung hin, daß er von seinem Vater eine Geldsendung erwarte, Credit erhalten. Ferner hat B. eine Anzahl Goldarbeiter beschwindelt. Er hat sie veranlaßt, ihm gegen eine geringe Anzahlung Armänder und einen Trauring zu überlassen und sich diesen Raussteuern gegenüber durch Vorzeigung seines Militärpasses ausgewiesen. Die Schmucksachen will der Hochstapler an Damen verschenkt haben, deren Namen zu nennen ihm seine angebliche Discretion verbietet. Als er gefragt wurde, was er denn mit dem Trauring gemacht habe, da er doch verherrichtet sei, hat B. geantwortet, daß ihn dieser Umstand nicht abgehalten habe, sich aufs neue zu verloben und daß er der King seiner neuen Braut geschchenkt habe. Wahrscheinlich hat B. die erschwindeten Schmucksachen zu Geld gemacht.

Berlin, 18. November. Die mittels des Reichs-Postdampfers „Nechar“ beförderte Post aus Australien (Abgang aus Sydneys 12. Oktober) ist in Brindisi eingetroffen und gelangt für Berlin voraussichtlich am 20. November Vormittags zur Ausgabe.

\* [Die tragikomische Geschichte eines Lotteriegewinnes] wird in dem „Ob. Anz.“ wie folgt erzählt: In einer größeren Stadt Ober-Silesiens spielten zwei Herren, ein Zahnarzt und ein höherer Beamter, gemeinschaftlich ein ganzes Loos. Der Beamte zahlte am jeweiligen Fälligkeitstermin den Einsatz an den Zahnarzt, welcher alsdann seine Hälfte hinzufügte und das vom Collector per Postnachnahme eingefundene Loos einlöste. Zu Beginn des vorigen Jahres nun hatte der Beamte wiederum seine Hälfte an den Zahnarzt bezahlt, der die Zahlungstermin kam heran und der Postbote melbte dem Zahnarzt, daß das Loos aus B. angekommen und unter Nachdruck auf der Post zur Abholung bereit liege. Im Drange der Geschäfte vergaß der Zahnarzt die Einlösung — er hatte ja auch, wie gewöhnlich, acht Tage Zeit, so lange bleiben Nachnahmesendungen bekanntlich liegen — bis er eines Morgens aus der Zeitung erfuhr, daß die Zahlung bereits begonnen habe. Er überflog die Gewinnliste und zu seinem freudigen Schreck sah er, daß sein Loos mit 20 000 Mk. gezogen sei. Er eilte sofort zur Post, um das Loos einzulösen, kam aber zu spät, das Loos war auf telegraphische Requisition des Collecteurs an diesen zurückgesandt worden. Der Zahnarzt trat nun mit dem Collecteur wegen Herausgabe des von ihm seit Jahren gespielten Loses beziehungsweise des daraus gefallenen Gewinnes in Verbindung. Der Collecteur ließ sich aber auf nichts ein, das Loos wäre nicht rechtzeitig eingelöst worden und er denke gar nicht daran, den Gewinn herauszuzaubern. Das Ende der Unterhandlungen bildete ein langwiger Prozeß zwischen Collecteur und Zahnarzt. Nachdem derselbe alle Instanzen durchlaufen, wurde schließlich der Zahnarzt mit seiner Forderung kostenstiftig abgewiesen. Die Kosten belaufen sich, nebenbei bemerkt, auf einige Tausend Mark. Nun kam aber noch der Beamte, welcher an dem Gewinn mit der Hälfte beteiligt war und seinen Einsatz dem Zahnarzt rechtzeitig bezahlt hatte, und verlangte von diesem den gewonnenen Betrag in Höhe von 9500 Mk. heraus. Der Zahnarzt wollte oder konnte nicht zahlen und ist jetzt von seinem Mitspieler auf Herausgabe des Gewinnanteils verklagt worden. Um das Pech voll zu machen, erhielt kürzlich der Zahnarzt von einem Hamburger Lotteriegeschäft ein Vollsloos der Hamburger Staatslotterie gesandt. Da er aber in dem Lotteriespiel ein Haar gefunden hatte, sandte er nach einigen Tagen das Loos zurück. Die Ablösung beginnt, der Zahnarzt sieht „Spanks halber“ die Liste nach, ob das von ihm zurückgelassene Loos vielleicht gewonnen habe, und richtig, der Hauptpreis mit 100 000 Mk. wäre ihm zugestanden — wenn er das Loos behalten hätte. Gewiß viel Pech hinter einander.

Hamburg, 18. Nov. Beim Bau des Fischershofs explodierte gestern Abend in Folge Herausziehens eines Auswaschpropfens der Kessel einer Locomotive. Zwei Maschinisten und ein Heizer wurden schwer verbrüht und sind im Laufe der Nacht im Hospital gestorben.

(W. L.) Wien, 18. November. Der Termin für Anmeldungen zu der internationalen Musik- und Theater-Ausstellung ist bis zum 31. Dezember verlängert worden. Spätere Anmeldungen bleiben unberücksichtigt. (W. L.)

### Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 19. Novbr. (Privatelegramm.) Bei der heute fortgesetztenziehung der 4. Klasse der 185. preußischen Klassenlotterie fielen Vormittags: 1. Gewinn von 150 000 Mk. auf Nr. 109 253. 1. Gewinn von 40 000 Mk. auf Nr. 132 303. 1. Gewinn von 15 000 Mk. auf Nr. 164 570. 3. Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 28 059 34 692 151 811.

35. Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 7033 21 513 36 335 37 766 44 249 46 956 48 845 54 635 56 890 60 211 64 557 79 185 79 436 89 477 91 158 92 822 98 720 101 323 107 060 111 733 113 604 127 091 135 950 136 945 147 040 149 756 162 896 163 145 165 810 169 858 179 926 182 732 182 886 183 052 189 429.

29. Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 13 566 13 763 15 063 54 253 59 505 64 972 69 771 74 814 85 720 86 150 86 620 86 931 90 769 102 096 105 785 106 566 107 318 109 963 111 540 114 314 123 530 133 754 140 319 145 983 152 514 161 069 163 773 178 357 184 557.

### Schiffs-Nachrichten.

Elmara, 14. November. Der englische Dampfer „Alte Holme“, mit Eisenbahnschienen von Workington, strandete bei Saltholmen, wurde aber von dem Bergungsdampfer „Dereburg“ abgebracht.

Mandal, 12. Novbr. Die hiesige Bark „Johanne“, welche am 5. September von Liverpool mit Salz nach Halifaz abging, ist im atlantischen Ocean der Mannschaft verlassen worden. Die letztere wurde gerettet und in Granville gelandet.

Fredrikshavn, 16. November. Die schwedische Brigg „Clinton“, von Portugal mit Salz nach Gothenburg, ist 30 Seemeilen südlich von Hanstholm verlassen worden. Die ganze Mannschaft wurde gerettet.

Klaaslius, 15. Novbr. Der norwegische Schoner „Aley“, von Lissabon mit Salz nach Eggersund, und die holländische Fischermak „Boornit“ waren in der Nordsee mit einander in Collision. Das erste Schiff sank; die Mannschaft wurde hier gelandet.

Queenstown, 15. November. Es sind hier weitere Nachrichten über die Strandung des Schoners „Ritay“ am 9. September auf Borobina Island und den Verlust von 9 Mann seiner Besatzung eingegangen. Das Schiff gehörte in San Francisco zu Hause und befand sich auf der Reise von Port Townsend nach Shanghai; es brach sofort auf, nachdem es auf die Klippen geraten war. Der Kapitän und 8 Mann retteten sich auf die Insel, wo sie 27 Tage blieben und hunger litten, bis die Schiffbrüchigen die Aufmerksamkeit eines vorbeikommenden Dampfers auf sich zogen. Dieser nahm sie auf und brachte sie nach Kiogo.

Newark, 18. Novbr. (Tel.) Der Hamburger Postdampfer „Russia“ ist von Hamburg kommend, heute Morgen hier eingetroffen.

### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 19. November.

Crs. v. 18.

Weizen, gelb	233.70	232.70	5% Anat. Ob.	78.10	78.10
April-Mai	233.70	230.00	Ung. 4% Ob.	87.30	86.70
Roggen			2. Orient. A.	59.70	57.70
November	241.00	240.00	4% russ. A.80	88.20	86.60
April-Mai	238.20	237.00	Frankreich..	34.70	34.00
Petroleum			Cred. Action	115.70	114.60
per 2000 Mts.			Disc.-Com.	163.20	162.70
loco . . .	23.00	23.00	Deutsche Ob.	141.50	140.10
Rüböl	62.70	62.50	Laurahütte.	103.00	103.00
November	61.40	61.00	Deit. Noten	171.85	171.90
Spiritus			Dorf. kurz	193.25	190.75
November	53.40	52.90	London kurz	20.32	20.315
April-Mai	54.10	53.70	London lang	20.21	20.20
4% Reichs.	105.50	105.50	Russische 5%	65.40	63.20
3½% do.	97.30	97.50	G.W. B. g. A.	—	—
3% do.	83.40	82.75	Dani. Priv.	—	—
4% Consols	105.30	105.20	Bank.	—	—
3½% do.	97.60	97.60	D. Delmühle	126.50	126.50
3½% weiftr.	83.30	82.90	do. Prior	116.00	119.00
Pflanzer.	93.40	93.20	Map. G. B.	100.50	101.00
do. neue.	93.40	93.20	do. G. B.	48.00	45.20
3% ital. g. B.	52.20	52.50	Giamm. A.	65.50	64.25
5% do. Feste.	86.50	85.80	Giamm. G.	77.60	78.00
4% rm. G. K.					



J. M. Kutschke,

Danzig, Zoppot,  
Langgasse Nr. 4. Geestraße Nr. 12.



Colonialwaaren- u. Delicatessen-Magazin

empfiehlt zu den billigsten Preisen  
seine großen

## Lebensmittel-Vorräthe

in nur allerbesten Qualitäten.

Import feiner Colonialwaaren.

Coffee, Tee und Vanille. Cacao, Chocoladen, Biscuits.

Feine Wurst- und Räucherwaaren.

Tafel-Liqueure und Weine.

Prompter Versand nach außerhalb. Rüsten und Emballage gratis.

(2582)

Neue Synagoge.

Gottesdienst.

Freitag, den 20. November cr.,  
Abends 4 Uhr.

Sonntagnachm. 21. November cr.,

Vormittags 9 Uhr.

An den Wochentagen Abends

4 Uhr, Morgens 7 Uhr. (2581)

Die Geburt eines Knaben zeigen

an (2547)

Leipzig - Plagwitz,

den 18. November 1891

Dr. Ernst Groß und Frau

Franiska geb. Apel.

Gestern Vormittag 10 Uhr starb

nach längstigen schweren Leidern  
unter lieber uns unvergleichlicher  
Freund und Haugenose, fern  
von seiner Heimat Wien, Herr

Wiegemeister

Franz Rödig

im 39. Lebensjahr.

Dießes seinem vielen Freunden

und Bekannten zur Nachricht.

Ehre seinem Andenken!

Familie R. Schulz.

Familie A. Pfundt.

Die Beerdigung findet Sonntag,

Nachmittags 2½ Uhr, vom Sterbe-

haus, Altl. Graben 14, aus nach

St. Brigitten, Halbe Allee, statt.

Nach kurzem Leiden am Lungen-

Katarax wurde mir gestern

meine geliebte Schwester

Johanna Hoepfner

durch den Tod genommen.

Mathilde Hoepfner

z. 3. Bromberg. (2554)

den 18. November 1891.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvor-

steigerung soll das im Grundbuch

von Dorf Schmied, Band I, Blatt

14, auf den Namen des Karl

Hell eingetragene, zu Dorf Schmied,

im Kreise Graudenz, belegene

Grundstück

am 17. Dezbr. 1891,

Vorm. 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht,

an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 11,

versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 1031,64

M. Neuertrag und einer Fläche

von 99,49,89 Hektar zur Grund-

steuer, mit 330 M. Nutzungs-

wert zur Gebäudesteuer ver-

anlagt. Auszug aus der Steuer-

rolle, beglaubigte Abschrift des

Grundbuchsblatts, etwaige Ab-

schreibungen undanderbedas Grun-

dbuch betreffende Nachrechnungen,

sowie besondere Kaufbedingungen

können in der Gerichtsschreiberei

III, Vormittags von 11—1 Uhr

eingesehen werden.

Das Urteil über die Ertheilung

des Zuschlags wird

am 17. Dezbr. 1891,

Mittags 1½ Uhr,

an Gerichtsstelle, verkündet

werden. (2555)

Graudenz, den 14. Novbr. 1891.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In das hiesige Genossenschafts-

register ist unter Nr. 8 eingetra-

gen worden:

Firma der Genossenschaft:

Bank zu Potschweiten ein-

getragene Genossenschaft mit

unbeschränkter Haftpflicht.

Gilt der Genossenschaft:

Potschweiten.

Rechtsverhältnisse der Genosse-

nchaft:

Laut Statut vom 30. October

1891 ist Gegenstand des Un-

ternehmens die Beschaffung

der im Gewerbe und Wirt-

shaft der Mitglieder nötigen

Geldmittel durch gemein-

staftlichen Betrieb von Bank-

geschäften.

Alle Bekanntmachungen und

Erkl. in den Angelegenheiten der

Genossenschaft, sowie die dieselbe

verpflichtenden Schriftsätze er-

geben unten deren Firma und

werden von zwei Vorstandsmit-

gliedern unterzeichnet. Zur Ver-

öffentlichung ihrer Bekannt-

machungen bedient sich die Ge-

nossenschaft des Blattes „Die-

gramm“ in Potsdam, oder des

„Gothaer Kreisblatt“.

Den Vorstandsbild:

1. Der Besitzer Theophil Lem-

kowski aus Potschweiten

als Direktor.

2. Der Besitzer Johann Lem-

kowski ebendaebst als

Rässler.

3. Der Besitzer Franz Demski

aus Gratzewo als Con-

trolleur.

Die Zeichnung des Vorstandes

erfolgt für die Genossenschaft

durch mindestens zwei Vorstand-

mitglieder und zwar in der Weise,

dah die Zeichnungen zu der Firma

der Genossenschaft ihre Namens-

unterchrift hinzufügen.

Das Statut befindet sich bei den

Registerräten Blatt 5 folgende.

Eingetragen zu Folge Ver-

fügung vom 13. November 1891

am 14. November 1891.

Außerdem wird bekannt ge-

macht, daß die Einsicht der Liste

der Genossen während der Dienst-

stunden des Gerichts jedem ge-

stellt ist.

Gotham, 14. November 1891.

Königliches Amtsgericht.

Antiflüssigkeits-Lotterie.

Ganze, halbe und zehntel Ori-

ginal-Lotto bei

Friedrich Häser, Kohlenmarkt 2.

Mein Atelier

für

hübsche Bähne.

befindet sich

Marktstraße Nr. 2.

A. Brettschneider,

Dentist.

(2350)

Hühneraugen,

eingerollte Nägel. Ballenleiden

werden von mir schmerlos ent-

fernt. Frau Ahmus, gepr. concess.

Hühneraugen-Operateur., Tobias-

Gasse, Heiligengeist-Hospital auf dem

Hofe, Haus 7. 2. Tr. Thüre 23.

(2582)

Königliches Amtsgericht.

Zum modernen Frisieren

in wie außer dem Haare empfiehlt

ich Sidone Fußs., Breitgasse 11, 1. Trepp.

(2543)

Tracks

sowie ganze Anzüge werden stets

verliehen Breitgasse 30 bei

J. Baumann.

Wer unterrichtet in Danzig

Französisch nach

Methode Berlich?

Adressen unter Nr. 2533 in der

Expedition dieser Zeitung erb.

Guthaus, 14. November 1891.

A. Ahmus.

Adressen unter Nr. 2533 in der

Expedition dieser Zeitung erb.

Guthaus, 14. November 1